

# Mitwirken an der Dorfentwicklung

**VOLKEN** Unter dem Titel «Vision Volken» nahmen 25 Einwohner an einem Workshop teil, der sich mit der Entwicklung des Dorfes beschäftigte. Der Gemeinderat will die Ergebnisse für seine Arbeit nutzen.

**CHRISTINA SCHAFFNER**

Kleine Orte bieten Vorteile – zum Beispiel den, an deren Entwicklung auch als Normalbürger aktiv mitwirken zu können. Volken ist solch ein kleiner Ort mit derzeit 380 Einwohnern. Vielleicht folgten deshalb 25 Männer und Frauen – vom Jugendlichen bis zum Alt-ingesessenen – der Einladung des Gemeinderats und nahmen am Workshop «Vision Volken» teil.

Drei Stunden stand «ihr» Dorf im Zentrum – was ist schön, was könnte verbessert werden, welche Ideen haben wir zur Förderung der Dorfgemeinschaft? Das waren die Einstiegsfragen. Unter der Moderation von Coach Helene Staub aus Flaach wurde das umfangreiche Programm erfolgreich und in kurzweiliger Manier absolviert. Die Ergebnisse jeder der vier Gruppen waren auf Post-it-Zetteln nachzulesen und bieten dem Gemeinderat, der als Beobachter und zum Fragen beantworten anwesend war, nun eine Grundlage für die weitere Behördenarbeit. «Wir wollen nicht nur die Meinung des Gemeinderats umsetzen», hatte Präsident Walter Schürch eingangs gesagt, «sondern laden euch ein, eure Ideen einzubringen.»

## Klein und festfreudig

Deshalb wurde auch jeder Gedanke festgehalten – auch wenn dessen Umsetzung vielleicht nicht oder nicht einfach zu bewerkstelligen ist. Bemerkenswert sind aber die Ergebnisse: Allen gefällt es in der kleinen, überschaubaren Gemeinde. So gut, dass manche sich sogar kein oder nur ein moderates Wachstum wünschen. Dass jeder jeden kennt, sehen sie als Vorteil und Lebensqualität. Ebenso die vielen Veranstaltungen, die im Ort stattfinden: kleine wie der Neujahrsapéro und das Wildessen genauso wie die grossen: das Rock im Tal und das Traubenblütenfest. Und auch den kleinen Laden wissen sie zu schätzen.

Eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs wurde dagegen in allen Grup-



Jede Gruppe präsentierte ihre Ergebnisse, die von Moderatorin Helene Staub (beim Fenster stehend) zusammengefasst wurden.

Bilder: cs

pen gewünscht. Dazu gehören kürzere Takte ebenso wie ein Häuschen an der Haltestelle, um unter Dach auf den Bus warten zu können. Alle wünschten sich zudem einen Treffpunkt, an dem Jung und Alt zusammenkommen können, als Café, Bar oder auch als Eventort zum gemeinsamen Backen.

## Problem Liegenschaften

Hauptanliegen des Gemeinderats war es aber, Meinungen zum weiteren Umgang mit den Liegenschaften zu erhalten. Die drei grossen Gebäude der Gemeinde – Altes Schulhaus, Hans-Keller-Haus und Gemeindehaus mit Kanzlei und Volg – sind mehr oder weniger renovierungsbedürftig. Kurzfristig sind für deren Erhalt Investitionen von einer Million Franken, langfristig gar 2,5 Millionen Franken, notwendig. Allein das 1965 erbaute Gemeindehaus hat massive Mängel bezüglich Wärmedämmung sowie Korrosion an den Wasserleitungen und bräuchte Investitionen von geschätzten 1,6 Millionen Franken.

Was spricht für das jeweilige Gebäude, was dagegen? Das waren die Fragen, mit denen sich die Workshop-Teil-

nehmer eine Stunde lang in Gruppen beschäftigten. Während fast alle sowohl das alte Schulhaus wie auch das Gemeindehaus als wertvoll und erhaltenswert in der Gemeinde ansehen, waren die Bürger beim Hans-Keller-Haus gespalten. Das Wohnhaus hat durch Schimmel und Salpeter beträchtliche Schäden und kann derzeit nicht vermietet werden. Ein Verkauf wäre für die Hälfte der Workshop-Teilnehmer deshalb eine Option.

«Wir wollen dazu weitere Meinungen einholen», kündigte Marion Boos an, die im Gemeinderat für die Liegenschaften zuständig ist. Deshalb wird es im Ende Juni erscheinenden Mitteilungsblatt einen Fragebogen geben, den möglichst viele Volkemer ausfüllen sollten. «Das Meinungsbild wird uns bei den weiteren Entscheidungen helfen», fügte sie an. Über einen allfälligen Verkauf entscheidet letztlich der Souverän.

## Eigenständig bleiben?

Zwei Blitzantworten holte Gemeindepräsident Walter Schürch am Ende der Veranstaltung ab: Soll Volken eigenständig bleiben? Und soll die Gemein-



Liegenschaften behalten oder verkaufen? Die Teilnehmer äusserten ihre Meinung dazu mittels Punktvorgabe.

dekanlei so wie jetzt erhalten bleiben, oder könnte sie ausgelagert werden in eine andere Gemeinde? Während bei der ersten Frage fast alle dafür waren und nur drei sich enthielten, stimmten bei der zweiten Frage nur neun dafür, vier dagegen und sechs enthielten sich.

Für diese Offenheit und die Bereitschaft, sich aktiv und interessiert an der Dorfentwicklung zu beteiligen, dankte Walter Schürch abschliessend und fügte an: «Ich freue mich darauf, mit meinen Kolleginnen und Kollegen mit diesen Ergebnissen weiterzuarbeiten.»

## ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI

# Kantonale Vorlage: Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle»

## Pro: Ein vernünftiger Schritt zur Entlastung von Tausenden an der Prämienfront



Die Finanzierung der obligatorischen Krankenversicherung in der Schweiz über Kopfprämien ist sozial höchst ungerecht. Die Krankenkassenprämien belasten Tausende von Haushalten massiv. Besonders betroffen sind Familien. Deshalb wurde bereits 1994 die Individuelle Prämienverbilligung (IPV) eingeführt. Aktuell erhalten in Zürich 30 Prozent aller Versicherten IPV. Die Prämienverbilligungen werden von Bund und Kanton gemeinsam finanziert. 2021 erhält der Kanton Zürich dafür vom Bund 510 Millionen Franken. Der Kanton selber stellt dagegen nur 460 Millionen zur Verfügung; er hat 2017 seine Beiträge aus Spargründen massiv gesenkt und erst 2020 unter dem Druck eines Bundesgerichtsentscheids wieder etwas erhöht. Bis 2011 hatte der Kanton Zürich gleich viel Geld

für die IPV aufgewendet wie der Bund. Die Initiative verlangt nicht mehr und nicht weniger als die Rückkehr zu diesem Zustand. Die Rechnung des Kantons würde dadurch mit 40 Millionen Franken Mehrausgaben belastet.

Die Krankenkassenprämien haben sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt und zählen Jahr für Jahr zu den grössten Sorgen der Schweizer\*innen. Tausende von Familien in wirtschaftlich schwierigen Situationen könnten damit gezielt entlastet werden. Das ist nichts als gerecht in einem Kanton, der in den nächsten Jahren Gewinnsteuersenkungen im Umfang von Hunderten von Millionen zugunsten der Unternehmen und Aktienbesitzenden durchsetzen wird.

**Markus Späth-Walter, Kantonsrat, SP-Fraktionspräsident, Feuerthalen**

Ja empfehlen: SP, Grüne, Mitte, EVP

## Kontra: Eine reine Symptombekämpfung



Einmal mehr stimmen wir über eine Volksinitiative ab, die im Titel mehr verspricht, als sie hält. Unbestritten ist, dass die Kosten unseres Gesundheitswesens stetig steigen. Obwohl von allen Seiten die damit verbundenen hohen und jährlich steigenden Krankenkassenprämien beklagt werden, zeigt die zur Abstimmung stehende Volksinitiative keinen Weg aus der Prämienfalle auf, sondern vergrössert einzig die «Subventionitis».

Bund und Kanton setzen bereits heute rund eine Milliarde Franken pro Jahr zur Prämienverbilligung im Kanton Zürich ein. Nun soll dieser erkleckliche Betrag durch den Kanton nochmals um 40 Millionen Franken pro Jahr erhöht werden. Die Prämienverbilligungen sind eine reine Symptomlinderung, und das Problem des ungebrem-

sten Kostenwachstums wird nicht angegangen und bleibt weiterhin ungelöst. Daher empfiehlt die Grünliberale Partei, die kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» abzulehnen.

**Felix Reutimann, GLP Weinland**

Nein empfehlen: GLP, SVP, FDP, EDU